

Biedenkopf: Bildungsmisere Ursache der Arbeitslosigkeit

Andreas Thewalt

Studie: Nicht das Wachstum, sondern gute Schulabschlüsse bringen junge Menschen in Jobs. In den Schulen entscheide sich die Zukunft. Sie sei kein Ort des Sparens, sagt der CDU-Politiker.

Berlin. Mehr Wirtschaftswachstum gleich mehr Arbeitsplätze. Seit Jahren argumentieren die Parteien so. Doch nach Ansicht des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf wird Wachstum allein nicht zur nachhaltigen Senkung der Arbeitslosigkeit führen. Bei dieser Annahme handele es sich um "schlichten Unfug", sagte Biedenkopf gestern bei einer Buchvorstellung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) dem Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Gut 2,8 Millionen der im Juli gemeldeten 4,8 Millionen Arbeitslosen seien Langzeitarbeitslose, sagte Biedenkopf und fügte hinzu: "Selbst wenn wir 2,5 Prozent Wachstum hätten, würde das an den 2,8 Millionen völlig vorbeigehen." Es gebe schlicht keinen Markt mehr für einfache Tätigkeiten. Der sei im Laufe der vergangenen 30 Jahre in Deutschland beseitigt worden. Biedenkopf plädierte dafür, wieder einfache Tätigkeiten von Sozialabgaben zu befreien. Ein Großteil der Langzeitarbeitslosen hat keine Berufsausbildung.

Biedenkopf warnte ebenso wie die IAB-Wissenschaftler in ihrem "Handbuch Arbeitsmarkt" vor den dramatischen Folgen einer wachsenden Bildungsarmut, die inzwischen eine Hauptursache der Jugendarbeitslosigkeit sei. "Wir haben uns nicht nur um Elitförderung, sondern vor allem um die Bildungsarmut zu kümmern, sagte IAB-Chefin Jutta Allmendinger. Rund 20 Prozent Schulabgänger eines Jahrgangs seien nicht ausbildungsreif. "Wir sprechen hier von 20 Prozent eines Jahrgangs, die im Moment im Reparaturbetrieb der Bundesagentur für Arbeit irgendwie versorgt werden." Über zwei Milliarden Euro müßten dafür jährlich ausgegeben werden, "weil das Schulsystem versagt".

Biedenkopf widersprach vor dem Hintergrund dieser Bildungsmisere der Behauptung, daß der Mangel an Lehrstellen auf den "Unwillen der Arbeitgeber" zurückzuführen sei. Auch die Debatte über eine Ausbildungsplatzabgabe führe in die falsche Richtung. "Wirklich erschreckend" sei vielmehr, daß rund 400 000 Jugendliche mit berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA auf eine Ausbildung vorbereitet würden, weil sie nicht ausbildungsfähig seien.

Würden sie als Erwerbslose registriert, wäre die Jugendarbeitslosigkeit etwa doppelt so hoch wie derzeit ausgewiesen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei Jugendlichen liegt bei etwa 9,9 Prozent. Die regionalen Unterschiede sind aber beträchtlich. So ist im Osten die Quote mit 16,2 Prozent doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Nach Ansicht von Biedenkopf vergeuden die Deutschen "wichtige Zukunftsressourcen", wenn sie junge Leute schlecht ausbilden. Der CDU-Politiker, der auch Vorsitzender des Hartz-IV-Ombudsrats ist, warnte hier insbesondere im Blick auf die demographische Entwicklung vor dramatischen Folgen und verdeutlichte dies anhand eines plastischen Beispiels. Die Generation unserer Enkel sei 30 Prozent kleiner als die unserer Kinder und erhalte auch noch eine schlechtere Ausbildung. Diese kleinere und schlechter ausgebildete Generation solle aber später den Älteren ihr Alterseinkommen garantieren. Dies sei eine "Absurdität" und könne nicht funktionieren. Biedenkopf forderte deshalb eine "tiefgreifende Neuordnung der politischen Prioritäten". Schulen seien kein Ort des Sparens, selbst wenn es weniger Kinder gäbe.

Wie aus dem IAB-Handbuch hervorgeht, hat seit 1996 die Zahl der Vollzeitstellen abgenommen, während gleichzeitig die Teilzeitquote von 21,6 Prozent auf 31,6 Prozent im vergangenen Jahr stieg. Dies habe Folgen für die Absicherung im Ruhestand, warnten IAB-Chefin Allmendinger und Biedenkopf.

Der CDU-Politiker wies darauf hin, daß ein Arbeitnehmer mit Durchschnittsverdienst 32 Jahre Vollzeit arbeiten müsse, um einen Rentenanspruch in Höhe der Sozialhilfe zu erwerben. "Teilzeitbeschäftigte werden das Niveau nie erreichen", warnte er